

Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Mittwoch, 23.09.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Stadtverkehr 2020

- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **IIk** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem zur Tagesordnung keine Änderungswünsche eingehen, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Frau Carry Buchholz (LVL Jäger GmbH) berichtet ausführlich über den Busstadtverkehr 2020. Sie berichtet von einem ungewöhnlichen Jahr. Es habe Zeiten mit einer derart hohen Belastung gegeben, so Buchholz, in denen man bald nicht mehr wusste, was alles gleichzeitig zu tun ist. Froh sei sie, dass der Betrieb langsam wieder ins Laufen komme, wobei sie betont, dass trotz allem auch im April die Schulbusse gefahren seien. Im März und April sei der Fahrplan reduziert worden. In dieser Zeit sei eine Lücke entstanden. Die Verkaufsstellen seien immer offen geblieben und in den Bussen seien Trennscheiben angebracht worden. Im Juni begann man als einer der Ersten im VVS-Gebiet wieder mit dem Fahrkartenverkauf in den Bussen. Die Fahrgastzahlen seien dann wieder angestiegen. Im Juli waren die Busse wieder zu 60 Prozent ausgelastet, seit September laufe der Schülerverkehr wieder. Es gehe nach oben, man sei aber bei weitem nicht da, wo man sein sollte. Das Busunternehmen habe sich viel vorgenommen. Mit der Neuvergabe des Linienbetriebs Anfang des Jahres und der Umstellung einiger Linien werden eine Million Kilometer mehr pro Jahr gefahren, der Takt wurde deutlich verbessert, zudem wurden 50 umweltfreundliche Busse und neue Bordtechnik angeschafft. Ohne die Zuschüsse vom Landkreis und die Förderung vom Land, das 95 Prozent der prognostizierten Ausfälle erstattet, hätte das Unternehmen mit 230 Mitarbeitern, diese Zeit kaum überbrücken können.

In Corona Zeiten werden Busfahrten gemieden, so Bürgermeister **IIk**, weil die Bevölkerung die Sorge umtreibe, sich anzustecken. Dadurch steige wieder die Anzahl des privaten Kfz-Verkehrs. Der Kommunale Ordnungsdienst werde auch in den Bussen die Maskenpflicht kontrollieren. Dies werde das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste verbessern, so BM IIk und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** freut sich über die Förderungen und dankt dem Busunternehmen. Sie wünscht nähere Information zu den neueingerichteten Busspuren und deren Tauglichkeit. Weiter fragt sie nach der Auslastung des Westexpresses und den überfüllten Schulbussen. Der Bürgerverein Poppenweiler wünsche eine Verbindung zum Bildungszentrum West. Vielleicht könne der Verstärkerbus anstatt dem Westexpress eingesetzt werden, meint Dr. Knoß. Zudem spricht sie die Anzeigetafeln an. Am Rathaus solle durch den Fahrer kommuniziert werden, sofern die Fahrt am Bahnhof ende.

Stadtrat **Klotz** dankt ebenso für das Engagement des Busunternehmens. Er spricht den

TOP 1

Schülerverkehr und den Verstärkerbus für Poppenweiler an. In Neckarweihingen gebe es Engstellen für den Busverkehr. Die barrierefreien Bushaltestellen sollten von den Busfahrern besser angefahren werden, so Klotz.

Auch Stadtrat **Rothacker** spricht seien Dank aus. Den Fahrgästen müsse ein Sicherheitsgefühl vermittelt werden. Weiter fragt er nach dem Zeitraum der gesicherten Fördermittel.

Stadtrat **Juranek** schließt sich dem Dank an. Grundsätzlich wünsche er einen Erfahrungsbericht, insbesondere für den Stadtteil Neckarweihingen. Die Situation müsse beobachtet und gegebenenfalls Änderungen vorgenommen werden.

Ebenso dankt Stadträtin **Knecht** und greift die Verstärkerbusidee ebenso auf. Weiter hat sie Fragen zu den Schülerfahrgastzahlen und einem vermehrten Einsatzes von Schulbussen. Außerdem wünscht sie Informationen zu den Klimaanlagen und der Luftreinigung in den Bussen.

Stadtrat **Müller** geht auf die Annahme der neuen Linien ein. Zudem will er wissen, ob sich eine Nachbesserung abzeichne. Weiter wünscht er Informationen zur digitalisierten Anzeige. Aktuell seien diese nicht zuverlässig.

Frau **Buchholz** geht auf die offenen Fragen ein. Sie dankt für das positive Feedback. Die Busspuren seien sinnvoll und tauglich. Anfangs habe es bei der Ampelsteuerung Probleme gegeben. Dies sei zwischenzeitlich nachgebessert. Der bislang wenig angenommene Westexpress werde auf die derzeitige Kurzarbeit und Homeoffice zurückgeführt. Um Rückschlüsse zu treffen brauche man in der Regel ein Jahr. Der ÖPNV sei von der Abstandsregelung ausgenommen. Hier gelte deshalb eine Mundschutzpflicht. Die LVL habe keine Schulbusse, sondern fahre Verstärkerbusse im normalen Linientakt. Der Verkehr werde beobachtet und Zählungen vorgenommen. Die Schülerströme werden qualitativ bewertet, hierzu brauche man Zeit. Man stehe im Austausch mit dem VVS und Landkreis hinsichtlich der Förderung zusätzlicher Schulbusse. Landesweit sei eine Abfrage zu freien Bussen erfolgt. Jedoch seien dies hauptsächlich Reisebusse. Diese können technisch schwer umgestellt werden. Weiter geht sie auf den Schulbusverkehr von Poppenweiler zum Bildungszentrum West ein. Ein Vorschlag hierzu sei bereits erstellt worden. Die Entscheidung liege beim Leistungsträger. Die betroffenen Kommunen seien hierzu befragt worden.

Hierzu teilt BM IIk mit, dass die Änderung einen Umstieg der Remsecker Schüler erfordere. Remseck befürworte daher die Änderung nicht. Das Landratsamt entscheidet erst bei Einigung der Kommunen.

Stadträtin Dr. Knoß wünscht eine Bekräftigung beim Landkreis.

Frau **Buchholz** merkt an, dass der Busfahrplan genehmigt und eine Änderung nicht einfach möglich sei. Somit könne der Westexpress nicht herausgenommen werden. Die Schülerzahlen seien bekannt. Weiter geht sie auf den Stadtteil Neckarweihingen ein. Die Linienführung sei an einer Stelle problematisch. Diese Problematik sei dem eingegangenen Kompromiss geschuldet. Zur Thematik Anzeigetafel in den Bussen stehe man im Austausch mit der Fachabteilung beim VVS. Ein weiteres Problem liege bei den Bordrechnern, die ihre Leistungsgrenze erreicht haben. Hier versuche man die Datenkapazität zu erhöhen. Man versuche den Verkehr so geregelt als möglich zu gestalten. Das hohe Verkehrsaufkommen und die vielen Baustellen seien problematisch. Das korrekte Anfahren der Bushaltestellen werde in der Fahrerschulung aufgenommen. Über das Jahr 2020 hinaus gebe es noch keine Aussage zu Fördermitteln. Weiter geht sie auf die Luftreinigung der Busse ein. Es werden Sonderreinigungen durchgeführt und es

werde zusätzlich desinfiziert. Beim Stehen/Halten der Busse werden zum Luftaustausch die Türen geöffnet. Derzeit habe man keine realistischen Zahlen mit normaler Auslastung. Der Parkverkehr im Schlößlesfeld mache große Probleme und erzeuge Unpünktlichkeit, wie auch die Fahrt am Monrepos. Hier stehe man im Gespräch mit dem VVS und Landkreis über eine Änderung, die nicht in die Genehmigung eingreife. Eine Fahrplanäderung zeichne sich momentan nicht ab. Durch die Baustellen und die Auslastung könne derzeit keine realistische Aussage getroffen werden.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf das Thema Zuverlässigkeit ein und wünscht eine prozentuale Einschätzung der Pünktlichkeit der Touren.

Hierzu müsse eine Auswertung erfolgen, so Frau **Buchholz**. Derzeit sei man zeitlich nicht in der Lage eine Komplettauswertung zu erstellen.

Es werde angestrebt, dass einzelne Linien vertieft analysiert werden, ergänzt Herr **Knobloch** (FB Nachhaltige Mobilität).

BM **IIk** fügt hinzu, dass ein kontinuierlicher Austausch und Unterstützung erfolge und dankt für das Engagement.

TOP 2 Stadtrand-Parkhaus im Westen der Stadt
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2020

Vorl.Nr. 062/20

Beratungsverlauf:

BM **IIk** führt in das Thema ein, verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2020 und gibt das Wort an die Antragsteller weiter.

Stadträtin **Knecht** erläutert den Antrag.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt Herr **Knobloch** (FB Nachhaltige Mobilität) ein Stadtrand-Parkhaus im Westen der Stadt vor. Wie Herr Knobloch darlegt, sei man ein Schritt weiter, es sei ein bisschen mehr als eine Machbarkeitsstudie. Geplant sei, das große Gewerbegebiet im Westen "einzukreisen" und zwar auf der einen Seite durch den Bahnhof mit weiteren Mobilitätsangeboten, auf der anderen Seite im Waldäcker, direkt neben dem Hauptsitz des Unternehmens Borg-Warner, mit einem Pendler-Parkhaus. Es sei ein optimaler Standort, der an alle wichtigen Verkehrsachsen angebunden sei, berichtet Herr Knobloch von der Autobahn bis zur Bahnstrecke, die zwischen Ludwigsburg und Markgröningen reaktiviert werden soll. Eine Haltestelle ist dort vorgesehen, ebenso eine Anbindung an den Busverkehr. Mit dem Unternehmen sei man in guten Gesprächen. Das Gelände ist in dessen Besitz und müsste von der Stadt gekauft werden. Seitens der Verwaltung stellt man bei den Unternehmen im Umfeld eine große Offenheit gegenüber dem Thema fest. BorgWarner könne sich einen Verkauf des Geländes vorstellen. Verschiedene Firmen hätten zudem signalisiert, Stellplätze dort anzumieten. Darüber

hinaus werden firmenübergreifende Fahrgemeinschaften derzeit besprochen. Wie das P+R-Parkhaus selbst aussehen könnte, damit haben sich Architekturbüros bereits beschäftigt. Es soll eine variable Bauweise in Modulen sein, bei der kostengünstig 400 oder auch bis zu 850 Stellplätze angeboten werden können. Angedockt werden soll ein kleines Fahrradparkhaus. Der Flächenverbrauch soll möglichst gering gehalten werden, daher solle eher in die Höhe gebaut werden. Fördergelder seien bereits in Aussicht gestellt. Die Region wolle ca. 1,8 Millionen Euro für das Parkhaus beisteuern. Das Stadtrandparkhaus solle möglichst viele Berufspendler, aber auch sonntägliche Stadtbesucher dazu verleiten, ihre Autos dort abzustellen, um mit einem Shuttlebus oder dem Rad ins Zentrum zu fahren. Damit hätte man auf der einen Seite des großen Gewerbegebiets in der Weststadt den Bahnhof und auf der anderen ein Pendlerparkhaus. Fördermittel seien beantragt worden.

BM **IIk** eröffnet die Aussprache.

Man mache hier den fünften Schritt vor dem ersten, kritisiert Stadträtin **Dr. Knoß** und stellte die Planungen infrage. Sie will das Thema zurückstellen, es gebe im Gewerbegebiet genug Parkflächen, etwa das Mann + Hummel-Parkhaus und in der Innenstadt genügend Tiefgaragen für die Blüba-Besucher. Für Events sollte erstmal die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Detaillierte Gedanken sehe sie noch zu früh an. Ursprünglich sei das Parkhaus auch in der Mitte des Gewerbegebiets vorgesehen gewesen. Hier verlaufe auch die geplante Radroute. Man wisse nicht, wie die Westrandstraße einmal aussehen werde und welche Firmen sich im Gebiet Waldäcker ansiedeln werden, merkt sie an. Bevor man konkreter plane, müsse man ermitteln, wer überhaupt Stellplätze brauche. Das Parkhaus müsse in die Mitte des neuen Gewerbegebietes Waldäcker III, bei der Schlieffenstraße platziert werden. Zudem solle die Bus-Rad-Trasse vorab festgelegt werden. Man müsse sich auf die wesentlichen Probleme konzentrieren.

Richtig und sinnvoll sei das, was die Stadt vorgestellt habe, entgegnet Stadtrat **Herrmann**. Man brauche dringend Parkflächen in der Stadt. Er fordert die Verwaltung auf, weiter zu planen und rasch an die Umsetzung zu gehen. Er fragt nach den Beteiligungsabsichten der Firmen. Er fordert BM Ilk auf, als Fazit der Debatte, zumal kein Beschluss anstehe, festzuhalten, dass die große Mehrheit im Ausschuss dieses Projekt unterstützte.

Es sei ein wichtiges Element um den Autoverkehr aus der Innenstadt rauszuhalten, teilt Stadtrat **Zeltwanger** mit. Vorteil sei die Kombination aus Auto und Mobilitätsdrehscheibe, bei der man direkt auf Bus oder Bahn umsteigen könne. Das sei genau der richtige Weg, sagt er. Er plädiere auch dafür, nicht lange über Gestaltungsfragen zu reden. Es gebe genug Städte, die vorbildlich und auf eine einfache Weise Parkhäuser errichtet haben. Da brauche man nicht allzu viele Ängste zu haben, widerspricht er. Man müsse ja kein neues Schloss bauen, eine einfache Stahlkonstruktion tue es auch. Diese könne man je nach Bedarf ohne viel Aufwand vergrößern oder eben wieder verkleinern.

Auch die SPD-Fraktion unterstütze das Vorhaben. Der Verkehr müsse raus aus der Stadt, sagt Stadtrat **Juranek**. Man stehe dahinter, frage sich jedoch, ob der Standort am Stadtrand richtig gewählt sei, führt er weiter aus. Aus verkehrspolitischer Sicht sei er gut, aber er liege doch sehr am Rand des Gewerbegebiets. Die Gesamtsituation im Westen müsse beleuchtet werden.

Sie würde lieber von einem Park & Ride- als von einem Pendlerparkhaus sprechen, sagt Stadträtin **Knecht**. Alle leiden unter dem Verkehr. So ein Parkhaus bei der Autobahn könne helfen, die Automassen in den Griff zu bekommen. Sie ist davon überzeugt, dass ein Parkhaus den Parksuchverkehr in der Stadt verringern kann und vor allem an Wochenenden den steigenden

Bedarf nach Parkmöglichkeiten decken könnte. Auch die Wohngebiete würden durch dieses Parkhaus entlastet werden. Die vorgeschlagene Variante sei der richtige Weg in die Zukunft. Weiter geht sie auf die Begrünung ein. Der Bedarf an Mitarbeiterparkplätzen solle eruiert werden.

Stadtrat **Müller** sieht den Standort als kritisch an. Man brauche eine massive Ausschilderung. Der Shuttleverkehr müsse gut in das Industriegebiet eingebunden werden. Über die Funktion des Parkhauses und die Dimension solle man sich relativ schnell einig werden.

Stadträtin **Gericke** sieht den Bedarf für weitere Stellplätze nicht, zumal Unternehmen Stellenabbau angekündigt hätten. Sie mahnt, die Firmen überdenken zurzeit ihre Arbeitszeitmodelle. Arbeiten die Mitarbeiter auf Dauer im Homeoffice, sei das vorgestellte Parkhaus überproportioniert.

Die Diskussion und negative Einstellung verstehe er nicht, entgegnet Stadtrat **Rothacker**. Der Bedarf sei da, an anderer Stelle würden sich die Grünen beklagen, wenn die Wohnstraßen in der Weststadt zugeparkt werden.

BM **IIk** erläutert, dass es sich bei dem 6000 Quadratmeter großen Gelände um eine Fläche von Borg-Warner handle. Die Firma sei bereit, den Grund an die Stadt zu verkaufen. Für diesen Standort spreche neben der Nähe zur Autobahn auch, dass dort die künftige Bahn nach Markgröningen halten werde. Vor dem Bau werde der Bedarf ermittelt.

Stadträtin **Dr. Knoß** hält dagegen. Der Bedarf sei gar nicht vorhanden. Mann + Hummel baue Stellen ab, der Verkehr in der Weststadt werde weniger werden. Seit 2018 habe sich viel verändert.

Herr **Knobloch** und Herr **Frommer** gehen auf die offenen Fragen ein. Für eine detaillierte Betrachtung sei es zu früh. Man wolle die Anregungen mitnehmen. Mit den Firmen werde über die Bedarfe geredet. Der Bedarf werde nachjustiert. Das Parkhaus kann sich anpassen, die Modularität sei gegeben. Das Parkleitsystem werde verbessert. Die Neuansiedlung für Waldäcker III seien angelaufen, beispielhaft werde die Firma Roche mit 500 Mitarbeitern kommen. Die Weststadt habe sich sehr gut entwickelt. Man benötige Stellplatzreserven.

Wir stehen hinter dem Projekt und sehen es sehr positiv, teilt Stadtrat **Maier** mit. Über den genauen Standort könne man reden.

BM IIk schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet Herr **Springer** (FB Sicherheit und Ordnung) über den Sachstand bei der Einführung der neuen Verkehrsmanagement-Software (VMS).

BM **IIk** eröffnet die Aussprache. Ziel sei eine komplette Digitalisierung des kompletten Ablaufes. Man schaffe eine deutlich bessere Qualität, verkürze die Laufzeiten und schalte Fehlerquellen aus.

Die Grünen-Fraktion stehe dieser Maßnahme positiv gegenüber und begrüße diese, so Stadträtin **Gericke**.

Stadträtin **Seyfang** schließt sich der Vorrednerin an. Weiter geht sie auf die Datenpflege ein. Die Abstimmung der Baustelleneinrichtungen sehe sie momentan kritisch. Sie geht auf eine aktuelle Baustelle in Eglosheim ein. Teilweise werde die Baustelleneinrichtung auf Parkplätzen abgestellt. Gefahrenfrei könne der Weg zum Sport derzeit nicht erfolgen.

Die inhaltlichen Fragen sollen getrennt vom System betrachtet werden, merkt Stadtrat **Zeltwanger** an. Der Nutzen und die neuen Erkenntnisse seien für künftige Entscheidungen interessant.

Die Abläufe werden durch die Digitalisierung transparenter, so Stadtrat **Maier**. Der Prozess werde gerne mitbegleitet.

Der Bürger profitiere, fügt Stadträtin **Knecht** hinzu. Weiter geht sie auf die Ampelsteuerung ein und bemängelt die fehlende grüne Welle an der Friedrichstraße.

Stadtrat **Müller** wünscht einen simulierten Zeitraffer. Die Verkehrszeichen seien bereits erfasst worden, meint er sich zu erinnern.

BM **IIk** geht auf die offenen Fragen ein. Anträge werden von den Bauherren unter Angabe konkreter Vorstellungen gestellt. Dieser werde dann geprüft. Das System könne keine Arbeitsplätze einsparen. Die Arbeitsmenge sei groß. Die Bauabläufe und Abschnitte werden gesondert beantragt.

Herr **Knobloch** geht auf die Simulierung von Baustellen ein. Dieses System sei noch im Aufbau und in der Entwicklung. Das Ziel sei den Verkehrsfluss in der Stadt zu simulieren und zu optimieren.

Stadtrat **Klotz** fragt, ob die Software auch Konflikte, beispielhaft bei einer Baustellenverzögerung, anzeige.

BM **IIk** bejaht diese Frage. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen eingehen, schließt BM IIk diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Anpassung und Ergänzung der Kostensätze und Konventionen der monetären Ökokontoführung in Ludwigsburg wird zugestimmt.

Nach erfolgtem Beschluss werden die Kostensätze und Konventionen in das Ökokonto-Rechenprogramm eingearbeitet. Dieses wird voraussichtlich noch in diesem Jahr für die Bilanzierung von Eingriffsvorhaben und Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Die monetäre Berechnung sowohl der Eingriffe (Wiederherstellung) als auch der Ausgleichsmaßnahmen (Herstellung) basiert auf folgenden Grundlagen:

 Kostensätze für die Herstellung von Biotopen: Biotoptypenabhängig, z.B. für Streuobstwiesen, Hecken, Baumpflanzungen.

Kostensätze aus dem Jahr 2005 werden um durchschnittlich 30-35% erhöht.

Konventionen	bisher		neu
 Versiegelungszuschlag (Teilversiegelung anteilig) 	12,	\rightarrow	15,€/m²
 Dachbegrünung 	24,	\rightarrow	30, €/m²
Fassadenbegrünung bodenge wandge.	ebunden bunden	Neu	60,€ 120,€/m²
 Grunderwerbskosten 	8,	\rightarrow	13,€/m²
 Time-lag-Zuschlag zur Berücksichtigung der Entwicklungszeit bei Gehölzflächen 	2,0%	\rightarrow	2,5 %
 Durchgängigkeitswert Gewässer 	Kein fester Wert	\rightarrow	16 %
 Guthabenverzinsung für Ausgleichsmaßnahmen, die noch keinem Eingriff zugeordnet wurden 	-	Neu	2,5 % pro Jahr
 Bodenaufwertungen Überdeckung baulicher Anlage Oberbodenauftra Rekultivierung 		Neu	3,€/m² bis 6, €/m² *1 3,€/m² 1,€/m² bis 10, €/m² *1

Alle Kostensätze Nettokosten

^{*1} je nach Auftragshöhe der Überdeckung bzw. der Rekultivierung

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, O Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM IIk verweist auf die Vorlage 293/20.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt Herrn Leitzbach vor, welcher seit 01.03.2020 das Team ihres Fachbereichs verstärke.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert Herr **Leitzbach** (FB Tiefbau und Grünflächen) den Sachverhalt.

Den Weg weiterzugehen mache Sinn, merkt Stadtrat **Handel** an und dankt für den ausführlichen Vortrag. Er werde gerne zustimmen. Das Ökokonto sei in Verbindung mit den Zugwiesen eine kleine Erfolgsgeschichte, so Handel. Weiter geht er auf die neuen Möglichkeiten der Fassadebegrünung ein.

Glücklicherweise habe die Stadt größere Ausgleichsmaßnahmen geleistet, fügt Stadtrat **Klotz** hinzu. Hierdurch habe man einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet. Die Aktualisierung sei hinsichtlich der Baupreisentwicklung, wie auch die Verzinsung des Guthabens, sinnvoll. Die neuen Werte sollten als Basiswert angesetzt werden und es solle eine jährlich dynamische Anpassung erfolgen.

Ökologie treffe auf Ökonomie, meint Stadtrat **Rothacker**. Die Anpassung müsse vorgenommen werden. Er stimmt seinem Vorredner zu.

Die Aktualisierung sei höchst überfällig, so Stadtrat **Juranek**. Das Ökokonto sei ein gutes Werkzeug. Grundsätzlich sollte über eine flexiblere Handhabung nachgedacht werden. Der Ausgleich in den eigentlichen Baugebieten sei nach wie vor sinnvoll. Große Projekte, wie die Zugwiesen, seien als Ausgleich realisiert worden. Seine Fraktion stimmt gerne zu.

Stadträtin **Knecht** sieht die damalige Einführung des Ökokontos als richtige und sinnvolle Entscheidung an. Auch sie findet eine dynamische Anpassung sinnvoll. Weiter fragt sie, wie mit der SKS Maßnahme in Oßweil umgegangen werde und welche Planungen angedacht seien.

Eine monetäre Darstellung diene nur zur Deutlichmachung, macht Stadtrat **Müller** bewusst. Er sieht hierin lediglich eine Hilfskonstruktion. Zerstörte Natur könne nicht monetär aufgewogen werden. Weiter wünscht er mehr Information zu den Bewertungen und dem Faktor sowie der Durchgängigkeit bei Fließgewässern. Zudem fragt er nach dem Verhältnis älterer Bäume zu Neupflanzungen.

BM **IIk** dankt für die vielen positiven Rückmeldungen. Er erkenne den Wunsch der Steuerung durch Anpassung an einen Index. Hierzu werde die Verwaltung einen Vorschlag ausarbeiten.

Herr **Leitzbach** geht auf die offenen Fragen ein. Für das SKS- Areal gebe es noch keine Berechnung. Die Kostensätze gelten nur für die neuen Maßnahmen. Der Durchgängigkeitswert beziehe sich auf die ökologische Durchgängigkeit der Fließgewässer. Bei Maßnahmen an

Gewässern fließen auch Landlebensräume in die Berechnung und Aufwertung ein. Ein älterer Baum habe einen höheren Wert als Neupflanzungen. Potential gebe es bei mehreren Maßnahmen, wie Grüngestaltung in den Baugebieten, Weinbergsteillagen, Fließgewässer und weitere kleinere Maßnahmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf eine brach liegende Wiese an der Strombergstraße ein. Hier könne eine Streuobstwiese angelegt werden. Sie könne sich vorstellen, dass sich Baumpaten und Baumspender finden lassen. Hier könne ein kleines wertvolles Projekt entstehen.

Frau **Schmidtgen** nimmt diese Anregung mit.

Nach der Aussprache lässt BM IIk über die Vorlage 293/20 Beschluss fassen.

TOP 5 Sanierung der Unteren Kasernenstraße - Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 289/20

Vergabebeschluss:

Albert Amos GmbH & Co. KG aus Brackenheim erhält auf der Grundlage ihres Angebotes vom 18.08.2020 den Auftrag für die Sanierung der Unteren Kasernenstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme 204.947,57 € + Unvorhergesehenes ca. 9,8 % 20.052,43 €

Vergabesumme 225.000,-- € (brutto)

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten der Maßnahme um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, O Nein-Stimmen und O Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorlage Nr. 289/20. Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist, eröffnet BM IIk die Aussprache.

Stadträtin **Seyfang** interessiert der Zeitplan und ob die derzeit stattfinden Ausgrabungen diesen

tangiere. Weiter bittet sie um Gegenüberstellung der Kosten für die Ludwigsburger Platte und einer Pflasterung.

Frau **Schmidtgen** teilt mit, dass die Ausgrabungen die Maßnahme nicht tangiere. Zeitlich habe dies keine Auswirkungen. Die Ludwigsburger Platte sei nicht günstiger als ein Pflasterbelag. Zudem sei aus ökologischer Sicht eine Pflasterung vorzuziehen.

Im Anschluss lässt BM IIk über die Vorlage 289/20 Beschluss fassen.

TOP 6 Sanierung Schmiedgässle - Kronenstraße Ost Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 283/20

Baubeschluss

Das Schmiedgässle und der östliche Teil der Kronenstraße werden entsprechend dem Sanierungsvorschlag des FB Tiefbau und Grünflächen sowie des FB Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 190.000,-- € werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Die Firma Gustav Epple GmbH & Co. KG aus Remseck erhält auf Grundlage ihres Angebotes vom 25.08.2020 den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten im Schmiedgässle und der östlichen Kronenstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

 Auftragssumme
 177.279,19 €

 + Unvorhergesehenes ca. 7,1 %
 12.720,81 €

Vergabesumme 190.000,-- € (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, O Nein-Stimmen und O Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorlage Nr. 283/20. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. BM IIk lässt über die Vorlage 283/20 Beschluss fassen.

BM **IIk** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt.

TOP 7 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 23.09.2020.

TOP 8 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 23.09.2020.

TOP 9 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 23.09.2020.

TOP 10 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 23.09.2020.